

Gemeinde Selfkant



Sitzungsvorlage 404/2025

öffentlich

Gemeindevertretung

Entscheidung

Finanzielle Auswirkungen	ja	Anlagevermögen	nein
Haushaltsmittel zur Verfügung	nein	Abwicklung über Produkt	5410

Antrag der FDP-Fraktion zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrskonzeptes für den Ortsteil Höngen

Sachverhalt:

Mit dem als Anlage beigefügten Schreiben vom 18.11.25, eingegangen am 20. November 2025, beantragt die FDP-Fraktion die Bereitstellung von Haushaltsmitteln für die Erstellung und Umsetzung eines Verkehrskonzeptes für den Ortsteil Höngen.

Die im Antrag thematisierte Verkehrssituation ist sowohl der Verwaltung als auch der Gemeindevertretung bewusst und weist vielfältige Ausprägungen auf. Letztlich stellt dieses Thema nicht ausschließlich eine Fragestellung der Verkehrsströme und des Verkehrsvolumens dar, sondern umfasst darüber hinaus eine „menschliche“ Komponente (z. B. „Eltern-Taxis“). Von dieser Situation ist nicht ausschließlich die Ortschaft Höngen betroffen.

Gründe für die Nichtumsetzung der bisher eingereichten Anträge sind gegenwärtig nicht bekannt. Es erscheint jedoch plausibel, dass in den zurückliegenden Perioden andere Maßnahmen eine höhere Priorität einnahmen.

Angesichts der Tatsache, dass sich die Gemeinde Selfkant weiterhin in der vorläufigen Haushaltsführung befindet und die Fraktionen bereits über die prekäre Finanzsituation für das Jahr 2026 informiert wurden, empfiehlt die Verwaltung ein gestaffeltes Vorgehen.

1. Konkretisierung hinsichtlich der „Verbesserungsziele“ durch die Antragsteller.
2. Einholen von Angeboten externer Fachplaner für ein ganzheitliches Verkehrskonzept Höngen unter Einbeziehung der geplanten Ausweitung von Bauflächen.
3. Im Zuge der Haushaltsplanung für das Jahr 2027 soll eine Entscheidung über die Beauftragung getroffen werden.
4. Aufgrund der „Nachwirkung“ der vorläufigen Haushaltsführung für das Jahr 2025 im Haushalt 2026 sowie der angespannten Haushaltslage ist es ohne die Vorlage

konkreter Zielsetzungen, daraus abgeleiteter, für die Gemeinde sinnvoller und umsetzbarer Maßnahmen sowie der resultierenden Kosten nicht möglich, Haushaltsansätze für 2026 einzuplanen.

Beschlussvorschlag:

1. Die Gemeindevertretung nimmt den Antrag der FDP und die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.
2. Die Gemeindevertretung beauftragt den Bürgermeister, die notwendigen Schritte zur Beauftragung eines Fachplaners vorzubereiten. Hierzu ist eine Konkretisierung hinsichtlich der „Verbesserungsziele“ durch die Antragsteller zwingend erforderlich.
3. Die Gemeindevertretung vertagt alle weiteren Schritte, bis die Kosten für den Fachplaner bekannt sind.